

Russen flüchten aus Putins Polizeistaat

Rasanter Braindrain Gut ausgebildete Menschen verlassen in Scharen ihre Heimat. Wer mit ihnen spricht, erfährt: Mit dem Krieg zerstört der Kreml-Chef auch die eigene Gesellschaft.



«Nein zum Krieg. Das ist nicht unser Russland»: Eine Protestaktion gegen den russischen Angriff auf die Ukraine vor der russischen Botschaft in Helsinki. Foto: Alessandro Rampazzo (AFP)

Jan Diesteldorf und
Paulina Würminghausen

Für Mike Melanin ist die Ungewissheit zum ständigen Begleiter geworden. Seit Putins Soldaten die Ukraine bombardieren, weiss er nicht mehr, was morgen sein wird. Wenn er aufsteht, rechnet er damit, dass an diesem neuen Tag wieder irgendetwas nicht mehr funktioniert. Eine Software zum Beispiel für die Lieferroboter, die er mit seinem Team in Moskau entwickelt.

Oder die Bankkarten, mit denen Melanin jeden Tag ein paar Hundert Dollar abhebt, um am Ende mit ausreichend Bargeld das Land verlassen zu können. Melanin, Start-up-Gründer, Spezialist für Roboter und künstliche Intelligenz mit Erfahrung in den USA, legt sich fest: «Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es unmöglich geworden, in Russland Hightechprodukte zu entwickeln.»

Nopilot heisst seine Firma, bald drei Jahre alt, Kapitalgeber aus Übersee, zehn Mitarbeiter. Es gibt schon Prototypen: kleine, autonome Fahrzeuge, mit denen Lieferdienste wie Amazon, Lieferando oder Gorillas einen Teil ihrer Fahrer ersetzen könnten. Ein Produkt für den Westen, entwickelt mit westlicher Software, gefertigt mit Sensoren, Prozessoren und Chips aus den USA und Europa.

Melanin steht für das moderne Russland, in dem IT-Spezialisten Hightechfirmen gründen, im scharfen Kontrast zu der dreckigen Rohstoffwirtschaft. Aber Unternehmen wie Nopilot haben jetzt keine Zukunft mehr. «Wenn sich die Situation nicht schlag-

artig ändert, werden wir als Team auswandern», sagt Melanin. Er sucht jetzt Partnerfirmen im Ausland oder sogar einen Konzern, der sein Start-up übernehmen will.

Melanin ist einer von vielen, aber einer der wenigen, die offen sprechen. Die Angst vor der Staatsmacht ist gross, die Gefahr, für ein falsches Wort verhaftet zu werden, ist real. Die Sanktionen des Westens haben Russland schwer getroffen, für viele Menschen bedeuten sie ein wirtschaftliches Desaster.

Tausende haben mit dem Rückzug westlicher Firmen ihre Arbeit verloren, sind ausgereist oder haben das vor. Nach Istanbul, nach Jerewan oder Baku. Wer ein EU-Visum hat, versucht es in Estland oder Finnland. Die wenigen verbleibenden Flüge sind überbucht, Tickets kosten mehrere Tausend Franken.

Man hört von einem Unternehmer, der Frau und Kind zurückerliess und mit seinen Angestellten im Bus nach Estland fuhr; man spricht mit einer Frau, die ihre Kinder in Russland zurückerlässt, weil sie keine Pässe

«Wir haben Busse voll mit russischen Ärzten gesehen, mit Psychologen, IT-Spezialisten, Wissenschaftlern.»

Sascha
Manager bei einem europäischen IT-Unternehmen in Moskau

haben. Und da sind junge Männer, welche aus Angst vor dem Kriegsdienst ausreisen.

«Hast du Arbeit für mich?»

Über diese Menschen wird zurzeit kaum gesprochen. Es ist etwas völlig anderes, vor russischen Bomben zu fliehen. Aber auch Russland erlebt eine Fluchtbewegung: vor Unterdrückung, vor der wirtschaftlichen Katastrophe – vor Putin. «Brain-drain» heisst das in der Fachsprache, ein Abfluss qualifizierter Fachkräfte.

Tatsächlich reisen neben Putin-Gegnern vor allem jene aus, die im Ausland gute Chancen haben, etwa Softwareentwickler. Das kann ein Land dauerhaft schwächen. Harte Zahlen gibt es nicht, aber genug Erzählungen, um das Bild eines Exodus zusammenzufügen.

Erzählungen von Menschen wie Alexandra. Sie heisst anders, aus Furcht vor Repression will sie anonym bleiben. Ihre Nachrichten an Freunde in Europa klingen verzweifelt: «Hast du Arbeit für mich? Irgendwas?»

Sie, die promovierte Soziologin, die bei einem öffentlichen Forschungszentrum in Moskau arbeitete, ist seit Beginn des Ukraine-Kriegs arbeitslos. «In Russland war ich eine bekannte Person. Ich hatte viele Konferenzen und eigene Projekte», sagt Alexandra in gebrochenem Englisch.

Und jetzt: Sitzt sie gemeinsam mit ihrem Mann Sascha und einem seiner Arbeitskollegen in einem kahlen, weissen Zimmer in Tiflis. Nebenbei spielen die drei Kinder des Paares. Die Internetverbindung bricht immer wieder

ab. Das Leben in Putins Polizeistaat ist für sie vorbei. «Wir haben unsere Freiheit verloren», sagt Alexandra.

Viele ihrer Kollegen wurden verhaftet, weil sie sich kritisch zum Krieg geäussert hatten. Vielleicht wäre sie die nächste gewesen. In der Familie waren sie sich schnell einig, packten die Koffer und fuhren zum Flughafen vor der Stadtgrenze Moskaus.

Sascha und sein Kollege, auch sie wollen anonym bleiben, arbeiten bei einem europäischen IT-Unternehmen, Sascha in leitender Position als Manager. Ihre Arbeit haben sie nicht verloren, noch nicht. Auf der Flucht treffen sie viele mit ähnlichem Schicksal, die gute Jobs gegen eine unsichere Zukunft eintauschen. «Wir haben Busse voll mit russischen Ärzten gesehen, mit Psychologen, IT-Spezialisten, Wissenschaftlern», sagt Sascha, «sie alle verlassen gerade Russland.» Mehrmals am Tag fahren solche Busse ab.

Russen nicht willkommen

Bei vielen ist die Sorge gross, dass keiner mit ihnen arbeiten wolle, weil sie Russen sind. Letzte Woche klebte ein Zettel an der Tür von Alexandra und Sascha in Tiflis. In lilafarbener Schrift stand dort: «Dear citizens/natives of Russian federation!!! You are not welcome to Georgia! We don't want Putin to come after you to protect your rights!!!!!!» Ihr Russen seid in Georgien nicht willkommen; wir wollen nicht, dass Putin kommt, um eure Rechte zu schützen!

Es ist eine Anspielung auf eine der Lügen, mit denen Putin seinen Krieg begründet: Er wolle die

prorussische Minderheit in der Ukraine schützen. Russen im Ausland werden in diesen Tagen aber nicht nur diskriminiert, es fehlt ihnen auch an Geld. Als Visa und Mastercard ihren Rückzug aus Russland ankündigten, funktionierten die Geldkarten zuerst im Ausland nicht mehr.

Konkurrenz der Ukrainer

Selbst wenn sie einen Job finden würde, man könne sie nicht bezahlen, sagt Alexandra: Ihre Konten sind quasi nutzlos, Überweisungen gehen nicht durch. «Die Sanktionen schaden den russischen Menschen, die immer noch die Freiheit im Herzen haben», sagt ihr Mann.

Welche Chancen haben gut ausgebildete Russen überhaupt auf dem Arbeitsmarkt? Denn derzeit kommen Tausende Geflüchtete aus der Ukraine an, viele auf der Suche nach Arbeit. Experten sagen: Der Akademikeranteil aus beiden Ländern sei hoch, die Integrationschancen gut. Gerade im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich gebe es sowohl in der Ukraine als auch in Russland relativ gute Bildungsvoraussetzungen.

IT-Gründer Melanin versucht seit einigen Tagen, bei einem Konzern unterzukommen oder sich mit einem Start-up im Ausland zusammenzutun. Erste Gespräche liefen vielversprechend, sagt er, und schiebt noch eine Idee hinterher: «Die EU und die USA sollten ihre Grenzen für IT-Fachkräfte aus Russland öffnen.» Mit speziellen Visa, zum Beispiel, um den Braindrain zu beschleunigen. «Keine moderne Volkswirtschaft kann ohne IT-Spezialisten existieren», sagt er.

Irland will seine Neutralität überdenken

Dublin Die irische Regierung sieht Bedarf für eine neue Verteidigungspolitik im Rahmen der EU.

Auch in Irland ist seit dem russischen Überfall auf die Ukraine nichts mehr, wie es einmal war. Mit seinem Vorgehen habe Wladimir Putin die auf festen Regeln gründende Ordnung Europas «auf fundamentale Weise geändert», sagte Irlands Regierungschef Micheal Martin gestern im Parlament in Dublin. Und sein Stellvertreter Leo Varadkar erklärte, «dass wir gezwungen sind, über unsere Sicherheitspolitik neu nachzudenken». Irland könne nicht mehr davon ausgehen, «dass unsere militärische Neutralität uns schützen wird».

Mit Martin und Varadkar haben sich die Vorsitzenden der beiden grossen bürgerlichen Parteien für eine kritische Neubewertung der Bündnisfreiheit Irlands ausgesprochen – sehr zum Leidwesen linker Politiker und jüngerer Iren, denen ein möglicher Kurs ihres Landes in Richtung Nato nicht geheuer ist.

Aussen- und Verteidigungsminister Simon Coveney sagte, Irland müsse sich nun auf eine nationale Debatte über Souveränität und Sicherheit vorbereiten. Zugleich werde man in Irland keine andere Wahl haben, als die eigene Verteidigungskapazität «massiv zu steigern».

Mögliches Referendum

Wie Martin und Varadkar ist auch Coveney der Ansicht, dass die Debatte nicht stattfinden kann, solange in der Ukraine gekämpft wird. Schon im Sommer aber halten Regierungspolitiker die Einberufung einer sogenannten «Bürgerversammlung» für möglich, die – unter Einbezug von Experten – Vorschläge für eine mögliche Neuorientierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erarbeiten soll. Diese Vorschläge sollen von der Regierung dem Parlament vorgelegt werden, anschliessend könnte es ein Referendum geben. Ob es so weit kommen werde, könne man noch nicht sagen, erklärte Coveney.

Es gehe allein um die Frage militärischer Neutralität, machte Regierungschef Martin deutlich. «Moralisch oder politisch» sei Dublin «nie neutral» gewesen. Man habe sich nur eben immer auf Friedensmissionen und humanitäre Aufgaben konzentriert. Bisher haben irische Regierungen Neutralität immer so verstanden, dass sich das Land keinem Militärbündnis anschliesst. Das hatte ursprünglich mit der Kolonialisierung Irlands durch Grossbritannien und später mit dem Einbehalt Nordirlands im Vereinigten Königreich zu tun.

37 Prozent für Nato-Beitritt

Inzwischen warnt der Abgeordnete Richard Boyd Barrett, man dürfe den Ukraine-Krieg nicht «als Vorwand» dafür nehmen, die «bewährte Neutralität» des Landes über Bord zu werfen und sich enger an die Nato zu binden. «Mehr Militarismus» sei nicht die richtige Antwort auf Russlands Aggression, sagte Barrett.

Gemäss aktuellen Umfragen sind derzeit nur 37 Prozent der Iren für einen Beitritt zur Nato. 51 Prozent wären aber zu einer militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der EU bereit.

Peter Nonnenmacher, London